

Antrag 06/I/2021

Jusos Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Einführung des Mindestlohns in Behindertenwerkstätten

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich
2 im Bundestag für die Einführung eines flächende-
3 ckenden Mindestlohns für die Arbeit in Behinder-
4 tenwerkstätten einzusetzen. Damit einher geht die
5 Bedingung, dass Arbeitnehmer*innen in den Werk-
6 stätten den notwendigen Arbeitnehmer*innensta-
7 tus erhalten.

8

9 Begründung

10 Seit 2015 gilt in Deutschland das Mindestlohnge-
11 setz. Dieser Mindestlohn soll die Zahl der Arbeitneh-
12 mer*innen reduzieren, die trotz Vollbeschäftigung
13 auf staatliche Sozialleistungen ausgewiesen sind.
14 Dass dieser dringend auf mindestens 12 Euro erhöht
15 werden muss, ist offenkundig.

16 Dem Mindestlohn in Behindertenwerkstätten steht
17 heute § 221 des neunten Sozialgesetzbuches entge-
18 gen. Hier wird geregelt, dass behinderte Menschen
19 in Werkstätten in einem arbeitnehmer*innenähnli-
20 chen Rechtsverhältnis stehen und keine Arbeitneh-
21 mer*innen seien. Demzufolge gilt das Mindestlohn-
22 gesetz für sie nicht. Das wollen wir ändern, denn
23 Arbeitnehmer*innen mit Behinderung müssen auf
24 dem Arbeitsmarkt dieselben Rechte haben. Diese
25 selben Rechte beginnen damit, dass Werkstattarbeit
26 als Erwerbsarbeit anerkannt und dementsprechend
27 mit dem gesetzlichen Mindestlohn vergütet wird.

28 Respekt war und ist das Wahlkampfthema der SPD
29 zur zurückliegenden Bundestagswahl. Nach unse-
30 rem Verständnis widerspricht ein Stundenlohn von
31 unter zwei Euro in einer Werkstatteinrichtung dia-
32 metral dem Grundwert des Respekts in unserer Ge-
33 sellschaft. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass Men-
34 schen mit Behinderungen trotz Arbeit am Monats-
35 ende auf Grundsicherungsleistungen angewiesen
36 sind.

37 Das Leitbild einer inklusiven Gesellschaft hat sich
38 in vielen Bereichen als gewinnbringend durchset-
39 zen können. Der Bezug von Grundsicherung trotz
40 Vollzeitarbeit wertet nicht nur die Leistungen der
41 Beschäftigten in den Werkstatteinrichtungen ab, er
42 schließt sie auch zwangsläufig von unterschiedli-
43 chen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aus.

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Mit Verweis auf den letzten Absatz der Begründung.
Sinnvoll wäre eine konzeptionelle Herangehenswei-
se.

44 Denn für einen Restaurantbesuch oder ein Treffen
45 mit Freund*innen im Kino, sind die staatlich zur Ver-
46 fügung gestellten Mittel nicht ausreichend.
47 Langfristig gedacht ist das Werkstattkonzept in sei-
48 ner derzeitigen Form zu überdenken. Die Verein-
49 ten Nationen forderten Deutschland schon 2015 auf,
50 Werkstätten abzuschaffen, da sie der Behinderten-
51 rechtskonvention entgegen stünden.